

# Krakauer Zeitung.

Nr. 56.

Donnerstag den 9. März

1865.

Die "Krakauer Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnements-Preis für Krakau 3 fl., mit Versandung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Mkr., einzelne Nummern 5 Mkr. Redaktion, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

IX. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierseitige Petition 5 Mkr., im Anzeigblatt für die erste Einrückung 5 Mkr., für jede weitere 3 Mkr. Stempelgehr für jede Einschaltung 30 Mkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

## Amtlicher Theil.

3. 5320.

Die f. f. Statthalterei-Commission in Krakau hat die an der Biela'er Hauptschule erledigte erste Lehrstelle im Vorrückungsweg dem Lehrer derselben Schule Johann Brzezina, die hierdurch erledigte zweite Lehrstelle dem Parallelklassen-Lehrer an der genannten Schule Johann Dudziński, endlich die ebenfalls erledigte vierte Lehrstelle dem dortigen Supplenten Thomas Skurezyński zu verleihen befunden.

Von der f. f. Statthalterei-Commission.  
Krakau, am 28. Februar 1865.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Alterhöchster Entschließung vom 23. Februar d. J. allergründig zu gestatten gezeigt, daß der Kämmerer Leopold Graf Podstaty-Eichendorff das Ritterkreuz des großherzoglich polnischen St. Josephs-Ordens; der Sectionsrat im Staatsministerium Dr. Ernst Ritter von Seelig das Ehrenkreuz zweiter Classe des fürstlich Hohenzollernschen Hausordens; der Director an der Akademie der bildenden Künste in Wien Christian Christof Kuben das Ritterkreuz des Königlichen Leopold-Ordens; der südtirolische Insegnent in Triest Joseph Giulini das Ritterkreuz des kaiserlich-mexikanischen Guadalupe-Ordens; der Bezirksingenieur in Eggenburg Wilhelm Schollmayer das Ritterkreuz zweiter Classe des königlich bayerischen St. Michael-Verdienstordens; endlich der Wirkliche Ludwig Engel das Kommandeurkreuz mit dem Sterne des königlich spanischen Karl III. und das Ritterkreuz des königlich spanischen Isabellen-Ordens annehmen und tragen dürfen.

Das Ministerium für Handel und Volkswirtschaft hat die Wiederwahl des Cesario Vicentini zum Präsidenten und des Giuseppe Scrinzi zum Vice-Präsidenten der Handels- und Gewerbebank in Verona bestätigt.

Die königlich siebenbürgische Postanzlei hat im Gouvernement mit dem f. f. Staatsministerium, den f. f. Ministerien der Finanzen, der Polizei, der Justiz und des Handels, dann der königlich ungarnischen und der croatisch-slavisch-dalmatinischen Postanzlei die Statuten und Verfassungsbedingungen der gleichzeitig für den Umfang der ganzen Monarchie confectionirten Feuerwachungs-Gesellschaft "Victoria" in Klagenburg bestätigt.

## Richtamtlicher Theil.

Krakau, 9. März.

In der bereits am 5. nach Berlin abgegangenen österreichischen Antwort ist, wie der sonst wohl unterrichtete Wiener Brief-Correspondent der "Schles. Blg." meldet, dennoch der Ablehnung der preußischen Forderungen Ausdruck gegeben worden. Die österreichische Depesche, schreibt derselbe, die übrigens die preußischen Forderungen nur als incidentielle behandelt und deshalb nur als eine vorläufige zu betrachten sei, stellt sich auf den Standpunkt des Miteinander, dessen unverkürzte Wahrung sie unter Berufung auf den Artikel III des Friedenstractates verlangt. Diese Berufung bildet den Schwerpunkt der Depesche. Uebrigens wird der österreichische Civil-Commissar, Baron Halbhuber, etwaigen Versuchen Preußens, die aufgestellten Forderungen zu verwirken, entgegenzutreten wohl nicht verfehlten. Hierzu berechtigt und verpflichtet ihn der erwähnte Art. III, der dem österreichischen Miteinander — wenn wir schon auf das Argument mehrerer preußischer Blätter, daß Preußen eine größere Truppenanzahl in den Herzogthümern stehen habe, eingehen wollen — hinreichenden Schutz gewähren würde, auch wenn wir nicht einen einzigen Mann in den Herzogthümern stehen hätten. Uebrigens befindet sich noch unsere Brigade Kalif dafelbst.

Das "Fremdenblatt" schreibt: Unserer gestrigen Mittheilung bezüglich der Fortführung der Verhandlung mit Preußen fügen wir heute noch hinzu, daß nunmehr hinsichtlich der an das Berliner Cabinet zu rücklegenden Gegenvorschläge in Anflüpfung an einzelne Punkte der preußischen Depesche die Verfassungen im Schooße der Regierung so gut wie beendet sind. Kurzweg aber hat man nicht gezögert, in einer kurzen Weisung unseres Gefänden in Berlin dahin zu verständigen, daß der Standpunkt, welchen das preußische Cabinet in der Depesche vom 23. Februar einnimmt, nicht derjenige der österreichischen Regierung sei. Darüber, daß die preußischen Vorschläge unannehmbar seien, war von vornherein kein Zweifel und kein Meinungsunterschied; zu erwägen blieb nur der Modus der Fortsetzung der Verhandlung.

Nach der Berliner "B. u. H.-Z." ist Herr von Werther von dem Inhalt der österreichischen Antwort verständigt worden und davon befriedigt.

Von der St. Petersburger Presse werden die preußischen Forderungen in Betreff

Die "St. Pet.-Blg." glaubt, daß sich kaum ein Fürst finden möchte, der solche Schattenregierung übernimmt. — In allen Fällen, meint das Blatt, läge es jederzeit in der Hand Preußens, dem Fürsten die Hölle so heiß zu machen, daß er auf seinem Throne wohl nicht viel zur Ruhe kommen könnte.

Man spricht, schreibt man dem "Botchafter" von der russ. Gränze, von einer Note des Herrn von Bismarck an den Fürsten Gottschalk, in welcher dieser nicht zu unterthändende Versprechungen für den Fall gemacht werden sollen, als er geneigt wäre, die preußischen Bestrebungen in Betreff der Herzogthümer zu unterstützen. Welcher Art diese Versprechungen seien, darüber geben die Ansichten auseinander; — während die Einen behaupten, daß Herr von Bismarck auch in St. Petersburg die Eventualität einer Rückeroberung Nordostdeutschland an Dänemark in Aussicht gestellt, ziehen Andere dies entschieden in Zweifel und wollen vielmehr wissen, daß es sich um das Anerbieten einer Compensation handle, die in nichts Anderem als in der Unterstützung der russischen Pläne in Betreff Polens bestehen würde, ja Einige gehen so weit, zu behaupten, Herr v. Bismarck gebe in seiner Note zu verstehen, daß er sogar gegen eine Rückkehr zu verwenden hätte.

Die Haltung der Mittelstaaten am Bunde betreffend ist zu bemerken, daß die Augs. Allg. d. die über mittelstaatliche Pläne wohl unterrichtet zu sein pflegt, eine Correspondenz aus Frankfurt abdruckt, der zufolge die Einbringung eines Antrags wenig wahrscheinlich ist, da die einstige Bundesmehrheit so zusammengebrochen sei, daß nur noch Bayern, Sachsen, das Großherzogthum Hessen und vielleicht Nassau den Grundsätzen der Mehrheit getreu bleiben, alle anderen aus diesem und jenem Grund davon abgesunken seien, selbst Württemberg trotz seiner Stände. Selbst wenn indessen jener Antrag zur Verhandlung käme, so würde derselbe eine factische Bedeutung kaum beanspruchen können und muß man daher unter diesen Umständen der Fortdauer des Status quo in den Herzogthümer entgegensehen.

Die "Schlesw. Nachr." schreiben: "Die in den letzten "Provinzial-Correspondenz" angedeuteten Forderungen Preußens stimmen durchaus überein mit dem, was die i. g. nationale Partei als ihr Programm aufgestellt hat. Dasselbe besteht aus folgenden drei Sätzen: 1. Die nationale Pflicht und das Interesse Schleswig-Holsteins fordern, daß dem Staate Preußens die seiner Aufgabe als Schutzmacht der Herzogthümer entsprechenden Rechte voll und für alle Zeiten zu Theil werden. 2. Wir verstehen unter diesen Rechten die volle Militärhoheit zu Wasser und zu Lande, die diplomatische Vertretung und die handelspolitische Führung. 3. Diese Rechte sind vor der definitiven Ordnung unserer inneren Verhältnisse sicherzustellen."

Aus Paris verlautet, daß die neuliche Hamburger Correspondenz des "Constitutionnel", die so viel Lärm macht, dänischen Ursprungs war, und daß seither intime Besprechungen zwischen Paris und Berlin stattgefunden haben. Der König von Preußen leidet gegen die Abtretung Nordostdeutschlands eingenommen und halte dieselbe für besonders schwierig, weil Österreich darin eine unfreibleame Concession an das Nationalitäts-Prinzip erbliden würde.

Die zwischen Frankreich und Dänemark existirenden Schiffahrtsabsindungen sind für letzteren Staat sehr vortheilhaft. Es ist demnach vor Kurzem vorgekommen, daß das Schiff eines schleswig-holsteinischen Reeders mit einer Ladung in einem französischen Hafen erschienen war, sich als dänisches Schiff gerierte und die Anwendung der dänisch-französischen Zöllen und Gebühren auf seine Ladung beanspruchte, was ihm nicht bewilligt werden konnte, da er nur die Wahl zwischen der preußischen und der österreichischen Flagge hatte. Dieser Vorfall war der Anlaß dazu, daß die Botschafter der beiden Großmächte in Paris, als sie am 2. d. die provisorische Flagge der Herzogthümer dem Herrn Drouyn de Lhuys vorlegten, zugleich im Auftrage jener Regierungen die Frage stellten, ob die französische Regierung geneigt sei, zu wünschen, seine commerciellen Absindungen mit Dänemark auch jetzt, nachdem die Herzogthümer nicht mehr zu Dänemark gehören, für die schleswig-holsteinischen Schiffe in den französischen Häfen aufrecht zu erhalten. Der Minister beobachtet sich die Beantwortung dieses Antrages vor. Die sehr einfache Thatlache hat der Ritter Debrau in seinem "Mem. dipl." zu der abgeschmackten Angabe ausgesponnen: "Die Botschafter Oesterreichs und Preußens hätten von Frankreich die Anerkennung der gegenwärtigen provisorischen Einrichtungen der Herzogthümer bis zur Herstellung einer definitiven Regierung in jenen Provinzen verlangt."

Der steigende Gross Frankreichs gegen Russland,

schrifft ein Pariser Corr. der "NPZ.", hängt mit der mexicanischen Frage zusammen. Wenn Nord-Amerika über die Südstaaten gesiegt hat, dann wird die praktische Ausführung der Monroe-Doctrine nicht lange auf sich warten lassen, und Louis Napoleon wird in der übeln Lage sein, entweder für Mexico gegen Amerika Krieg führen zu müssen, oder den Thron Maximilians fallen zu lassen. Beides dürfte ihm hart ankommen. Nun aber will man hier wissen, daß es russische Pläne sind, nach welchen die amerikanischen Unionisten jetzt siegreich vordringen; ja, man spricht von der Annäherung russischer Offiziere im Hauptquartier der Niedlinger, man nennt sogar Namen, und man sieht darin eine Feindseligkeit Russlands. Gern würde sich Louis Napoleon nun der Südstaaten annehmen, französische Offiziere im südstaatlichen Hauptquartier, französische Schiffe in den amerikanischen Gewässern könnten noch immer den Ereignissen dort eine andere Wendung geben; aber man wagt diesen Pfad nicht ohne England zu betreten und England hat sich bis jetzt sehr früh zurückgehalten, obgleich es von hier aus nicht an Bemühungen gefehlt hat; ihm klar zu machen, daß es in Canada noch verwendbarer sei, als Frankreich in Mexiko.

Der Madrider Epoca zufolge wird Admiral Parera das stillle Meer nicht eher verlassen, als bis sämtliche Bedingungen des spanisch-peruanischen Friedensvertrages erfüllt worden sind

Die polnischen Emigranten gerathen in immer ungünstigere Lage. Aus Österreich wurden sie auf Wunsch des Reichsrathes entfernt; Sachsen will sie nicht haben; in der Schweiz, wo kürzlich wieder mehrere Hundert neue hinzugekommen waren, will man nichts mehr für sie aus Staatsfonds bewilligen; in Frankreich ist man ihrer ebenso wie in England überdrüssig, und in dem freien Italien finden sie nicht nur keinen Beistand, sondern man haft sie und thut Alles für ihre Entfernung. Der Weise Adler klagt entzweit über die Hartherzigkeit der französischen Regierung, daß man sogar der privaten Wohlthätigkeit nicht mehr gestalten wolle, für die armen Freiheitskämpfer Concerte, Vorlesungen, Theatervorstellungen u. dgl. zu veranstalten, was doch Alles der Regierung keinen Sou koste. Dieses Blatt schlägt die Auswanderung nach der Türkei oder die Bildung einer polnischen Fremdenlegion in Algier vor, wie solche früher 1831 organisiert worden war. Man ist aber zweifelhaft, ob der von ihnen früher so vergötterte Napoleon, dem sie den Ursprung des letzten Aufstandes Schuld geben, selbst das gewähren wird, für Frankreich, wie früher, ihr Leben zu opfern. Was, schreibt ein Warschauer Corr. der "NPZ.", mag wohl die Ursache dieser fast allgemein gewordenen Abneigung sein? Die Antwort darf wohl dahin lauten: Die polnischen Revolutionäre haben sich bei dem besetzen Theil der europäischen Gesellschaft, mild ausgezählt, unnütz, und durch ihr Verfahren, insbesondere durch die angewandten argen Mittel verächtlich gemacht; den gewöhnlichen Menschen aber, welche nur auf den Erfolg seien, erscheinen sie als schwache Intriganten, die man los sein will, weil sie eben jetzt für revolutionäre Zwecke unbrauchbar sind.

Gestern sollte Berliner Berichten zufolge die vorläufige Unterzeichnung des Handelsvertrages zwischen dem Zollverein und Österreich, dem Vernehmen nach erfolgen. Die Denkschrift, mit welcher die diesseitige Staatsregierung den Vertrag der Landesvertretung vorlegen wird, soll bereits in der Bearbeitung sein. Vorläufig hat der Ministerial-Director Delbrück in den vereinigten Commissionen für Handel und Finanzen gelegentlich der Verabredung über die Handelsverträge Preußens mit den Zollvereinstaaten die Erklärung abgegeben, daß in den verschiedenen Bestimmungen der Verträge wohl von innigen Beziehungen zu Österreich die Rede sei, indem nur im Sinne des internationalen Verkehrs, so daß nur gemeinschaftliche Zolltarifirungen annehmbar seien, dagegen jeder Differenzialzoll faktisch ausgeschlossen und nur eine Verpflichtung zur Anbahnung einer Zollvereinigung übernommen sei.

Der kurze Entwurf eines Handelsvertrages zwischen England und dem Zollverein, schreibt die "N. Pr. Blg.", ist den Mitgliedern desselben zur Begutachtung überschickt worden. Der Handelsvertrag zwischen Österreich und dem Zollverein ist im Entwurf jetzt festgestellt, Verhandlungen mit Belgien wegen Abschluß des Handelsvertrages sollen, wie man hört, demnächst vorgenommen werden.

† Krakau, 9. März.  
In Kulikow fand der "Gaz. zw." zufolge am 3. d. eine Trauerandacht für weiland Kaiser Franz I. in der dortigen r. k. Kirche statt. Am Hauptaltar celebrierte der r. k. Pfarrer und am Nebenaltar der gr. k. Pfarrer aus Mierzwica. Alle r. k. Bezirksbeamten, des Steueramtes, die Stadtbehörde von Kulikow sammt Deputirten und Gemeinde-Aeltesten, die Schuljugend mit den Lehrern, drei auf Commission befindliche r. k. Offiziere und Woyte der benachbarten Dörfer nahmen an der Andacht teil, um für das Seelenheil des verewigten Monarchen zu beten. Am 4. d. dagegen fand ein solennier Gottesdienst in der dortigen israelitischen Synagoge statt, wobei alle r. k. Beamten anwesend waren und der städtische Arzt Emanuel Bardeon eine den Umständen entsprechende Anrede hielt, worin er die vom weiland Kaiser Franz I. der Bevölkerung erwiesenen Wohlthaten hervor hob.

Die zweite am 6. d. stattgehabte Sitzung der Generalversammlung der Landwirthschaftlichen Gesellschaft fühlten ausschließlich Berathungen über die Czerwonohorow Schule aus. Der auf der Tagesordnung stehende Antrag des Vicepräsidenten Herrn Fr. Paszkowski bezweckt einige im Statut der agronomischen Schule nötige Änderungen, namentlich: Erhöhung des Schulgeldes von 105 auf 140 fl. ö. W.; Reform des Schuljahres, das anstatt am 1. October für künftig am 1. Juli zu beginnen hat. Diese so wie andere kleine Änderungen enthält der Reform-Entwurf der verlesen wird. U. a. nimmt an der Discussion auch der Director der Schule Herr Korzelinski teil, der die Erhöhung der von den Schülern für Unterricht und Unterhalt gezahlten Gebühr eine Lebensfrage nennt. Nach der weiteren Bemerkung des Antragstellers, daß ein Curs von 4 Jahren unverkürzt zu erhalten sei, wird der Antrag auf Erhöhung des Schulgeldes auf 140 fl. ö. W. angenommen, schließlich ebenso die sämtlichen vom Comité vorgeschlagenen Reformen der Schulstatuten. Das Comité-Mitglied Dr. Wielgowski stellt einen Antrag betreffs der Hebung der industriellen Gärtnerei in Czerwonohorow und der Überweisung von 4 Caren zu derselben, der schließlich ebenfalls mit Majorität angenommen wird. Die nächste Sitzung wurde auf den nächstfolgenden Tag, Vorm. 11 Uhr angelegt, nach welcher noch eine Abensitzung und mit dieser der Schlüß der Generalversammlung stattfinden sollte. In das Comité wurden an Statt der Austrittenden folgende fünf Mitglieder gewählt: Die H. Val. Wielgowski, Franz Trzecieski, Szumalczowski, Dr. Gustaw Piotrowski und Seredyński.

Eine weitere Namensliste der in russischer Gefangenheit befindlichen r. k. österreichischen Unterthanen, die der Wiener R. Correspondent des "Gaz." unter dem 5. d. mit dem Beifaz über sandte, daß die erforderlichen Schritte zu ihren Gunsten gethan werden, um ihre Befreiung zu erwerben oder über ihr Schicksal nach Möglichkeit Auskunft zu erhalten, umfaßt die Nummern 164—213 und unter diesen folgende aus Krakau oder den anliegenden Kreisen gebürtige Personen:

Leon Lesniowski aus Krakau, Buchhändlungspraktant, 1864 nach der Warschauer Citadelle gebracht; sein letzter Brief datirt aus Moskau, weiteres Schicksal unbekannt.

Ferdinand Skomta aus Auschowitz (Oświęcim), 22 Jahre alt, hat sich nach dem Königreich Polen begeben, weiteres Schicksal unbekannt.

Robert Dembowksi aus Krośno, 19 J. alt, bei Jurkowica gefangen und nach Sibirien verurtheilt.

Nicolaus Koziel aus Krakau, Tarnower Kr., begab sich, wie es in Nr. 168 lautet, nach dem Königreich Polen, nicht um sich dem Aufstand anzuschließen, sondern in Privatgeschäften, wurde dort gefangen genommen und nach Sibirien verurtheilt.

Thomas Sydarowski aus Krakau, bei Ilza gefangen, längere Zeit in Radom, weiteres Schicksal unbekannt.

Sebastian Mach aus Budy Łąkowice (Rzeszower Kr.) im Königreich Polen gefangen und auf 4 Jahre nach Wologda verurtheilt.

Stefan Sydarowski aus Krakau, weiteres Schicksal unbekannt.

Stanislaus Jastrzebski aus Dębowiec (früher Jasło Kr.) bei Jasło gefangen und zur freien Übersiedlung nach Ewer verurtheilt.

Apolinar Mroczkowski aus Bobrowniki (früher Bochnia Kr.) im Königreich Polen gefangen und zur Strafcompagnie in Kostrzum verurtheilt.

Anton Treszko aus Chęzowice (früher Bochnia Kr.) bei Tarkowice gefangen und nach Warschau geschickt, weiteres Schicksal unbekannt.

Matthäus Opach aus Alt-Sandec, zur Strafcompagnie in Perm verurtheilt.

Alexander Zywocki aus Krakau, in Michałowice gefangen und zur Strafcompagnie in Kaluga verurtheilt.

Eduard Haas aus Sandec, bei Tarkowice gefangen und nach Sibirien (Gouv. Seniżej, Kr. Aczynsk, Ortsgemeinde Czernoreczynsk) verurtheilt.

Joseph Twardowski, Martin Mazurkiewicz, Valerian

Saramo und Casper Leiko aus Mielec, alle 4 im Königreich Polen gefangen genommen und auf 3 Jahre zur Strafcampagnie in Kostroma verurtheilt.

Joh. Rafałowski aus Mielec, ebendort gefangen und nach dem Gouv. Lwów verurtheilt.

Anton Szajkow, Lorenz Panel, Blasius Boremski aus Mielec, ebendort gefangen und nach Perm verurtheilt.

Gustav Dobski aus Bochnia, bei Opatow gefangen und auf 3 Jahre zur Strafcampagnie in Kursk verurtheilt.

Vincenz Podolski aus Krakau, ebendorf in verurtheilt.

Jacob Gomularz aus Słotwina (früher Bochniaer Kr.), in der Nähe von Czestochau gefangen genommen und zur Strafcampagnie in Omsk verurtheilt.

Josef Dobržyski aus Jarocin (Rzeszow), in Wolhynien gef. zu schweren Arbeiten in Sibirien verurtheilt.

Sigm. Pawłowski aus Łęka (Rzeszow), begab sich mit österreichischem Pass ins Posensche und bei der Durchreise durch das Königreich Polen, wie es unter Nr. 201 heißt, gefangen genommen; eine Nachricht von ihm war aus Pstow datirt. Zur leichteren Erkennung wurde seine Photographie überwandert.

Ludw. Solecki unter Nr. 202 das zweitemal, a. Krakau, bei Olkusz August 1863 gef. und nach Warschau gesandt; weiteres Schicksal unbekannt.

Dr. Golebiowski aus Łęka (Rzeszow), in Czeyzny conscribit, wie Nr. 202 besagt, im Königgr. Polen gefangen und auf 5 Jahre zur Strafcampagnie im Archangel verurtheilt.

Vinc. Butrynowicz aus Tarnow, im R. Polen gefangen und zu 4jähr. schweren Arbeiten nach Archangel verurtheilt. Die Ingabe seines Großvaters August Chmielowski an Kaiser Alexander ist abgesandt worden.

Martin Küster aus Filipowice (Krakauischem) in Mihalowice gef. weiteres Schicksal unb.

Peter Losik aus Bronowice male (Krakauischem), begab sich im November 1863 wie Nr. 208 besagt, in Geschäften nach dem Königreich Polen; sein weiteres Schicksal unbekannt.

Sigm. Odrzywolski aus Krakau, nach Nr. 209 conscribit in Radymno, in Kijow gefangen gehalten.

Franz Zgórek aus Ulanow, 30 J., begab sich gemäß Nr. 212 mit Legitimationskarte als Floßmann nach R. Polen und dort als Insurgent gef. genommen; weiteres Schicksal unbekannt.

Ferd. Lucas Skórski aus Kałusz (Rzeszow) 19 J. gefangen genommen im Lublinschen; weiteres Schicksal unbekannt.

Nach der letzten, hochw. Rückla überwandten Depesche vom 24. v. M., kann Alexander Dąbrowski aus Krakau nicht ausfindig gemacht werden.

Für Carl Groß verurtheilt auf 4 J. zur Strafcampagnie in Perm, verendet sich die k. k. Gesandtschaft in Petersburg. Jos. Alexander Pawłowski aus Myślenice, nach Jasenje verurtheilt, ist begnadigt und der Befehl ihn freizulassen bereits gegeben worden. Eine schnelle Rückkehr sei nach der Depesche wegen der großen Entfernung nicht vorauszusehen. An Carl Corvin Pawłowski in Terszow, Cont. Michlewski aus Połczów in Glaterenburg und Anton Mazzga in Orlo sind mittelst Courier Geldunterstützung und Briefe überwandt worden.

Der "Gaz" sagt auch seinerseits eine Reihe von Namen bei, wie sie Briefe aus Sibirien melden, darunter von Josef Czechowicz aus Brezany, über den der Lissicher Verein in Lemberg näheres berichten kann und Piniński (aus dem Jasło-schen), die in Nerczynsk sich befinden; in Petrowsk u. a. Radeczk aus Łęka, Czerny aus Krakau, Student; ungewiß ob in ersterem oder letzterem Ort: u. a. Ryter, über den Dr. Harasewicz und Bal. Golian, über den Dr. Schultz näheres berichten kann. Verstorben sind am 21. Juni 1863 in Chojczyńsk Włodz. Mieczkowski und in Nerczynsk Skomierski aus Galizien.

## Verhandlungen des Reichsrathes.

Wir haben gestern die Anträge des Subcomité über den neuesten Vereinbarungsvorschlag der Regierung mitgetheilt, ohne unserem Befremden über die Art der Geschäftsbearbeitung Ausdruck zu geben. Heute überheben uns die Wiener Blätter dieser Mühe. Wir citieren beispielweise das "Fremdenblatt". Daselbe schreibt: Wenn nicht im Abgeordnetenhaus ein versöhnlicher Geist durchgreift als derjenige war, welcher die Anträge des vom Finanzausschusse niedergesetzten Subcomité's dictirte, so ist an einer Verständigung mit der Regierung nicht zu denken. Es mögen vielleicht eine Anzahl von Abgeordneten, die zur Vereinbarung geneigt sind, dadurch für die Oppositions-anträge gewonnen werden, daß man ihnen sagt, die Regierung werde schließlich noch weitere Concessionen machen, wenn man ihr nur tapfer zufügt. Allein wir glauben versichern zu können, daß die Regierung fest entschlossen ist, von ihren Propositionen nicht abzugehen, nicht bloß weil es ihr als eine Herabwürdigung der Autorität erscheint, vor den Augen der Bevölkerung und der Welt zu markten und zu feilschen, sondern auch darum, weil es ihr in anderer Art nicht möglich scheint, das Budget um den zugesagten Abstrich wirklich zu vermindern. Es ist gewiß nicht zu erkennen, daß die Regierung in ihrer Art den schweden Streit zu behandeln, ganz correct constitutio-nell verfährt. Sie könnte sonst leichter auf die Forderungen der Opposition eingehen, mit dem Hintergedanken, daß sie bei der Rechnungsablegung es mit einer andern Versammlung zu thun haben wird, da da der Bericht des Subcomité's auf der Tagesordnung stand. Referent Dr. Herbst beginnt den Bericht vorzutragen, wird aber von Pratobevera mit der Bemerkung unterbrochen, daß ein Schreiben des Staatsministers eingelaufen, in welchem derselbe mittheilt, daß mehrere Minister wegen Kürze der Zeit nicht erscheinen könnten, doch aber einer rechtzeitigen Einladung nachkommen werden. Schindler beantragt den Abbruch jeder Verhandlung für heute, die am Donnerstag aufgenommen werden soll. Szabel will die

durch Populärität zu verschaffen sucht, daß man die für die nächsten zwei Jahre ausnahmsweise En bloc-Bearbeitung des Budgets als eine Art Angriff auf die Verfassung darstellt. Wir hören bisher noch nirgends eine wirkliche praktische Widerlegung der von der Regierung ausgesprochenen Ansicht, daß es unmöglich sei, auf eine andere Art den zugesagten Abstrich durchzuführen. Sie findet, daß die 21.100.000 fl. als ein Ganzes betrachtet werden müssen. Auch die Beschränkung der Revirements auf einzelne bestimmte Abtheilungen im Stat eines Ministeriums erscheint ihr unannehmbar, weil sie heute noch nicht bestimmen kann, wo eine Ersparnis möglich sein oder wo sie von einer größeren Aussage übertragen werden wird. Sie findet es

durchaus nothwendig, in jedem Haupttat vollkommen freie Hand zu haben, besonders bei Positionen, welche auf einer Wahrscheinlichkeits-Rechnung basirt sind. In der Art, wie das Subcomité die Revirements zu lassen will, nämlich bei gewissen Gruppen, bei anderen Ansätzen nicht, könnte jedenfalls der Hauptzweck, das Verfahren abzukürzen nicht erreicht werden. Es würden bei diesem Modus im Ausschusse und im Hause eine Menge Vorschläge austauchen und weitläufige Discussionen nicht zu vermeiden sein. Wenn endlich das Abgeordnetenhaus nach großem Zeitverlust zur dritten Lesung gelangt sein wird, begäne wieder das Herrenhaus die Detailberathung, wobei wieder neue Anträge gestellt und leicht möglich Änderungen getroffen würden, die eine Rücksendung zum Abgeordnetenhaus zur Folge hätten. Kommt aber das Budget als Ganzes vor das Herrenhaus, so muß dieses den Regierungsabstrich en bloc annehmen oder weglassen. Haben diese Zeitverluste diejenigen ganz vergessen, welche früher nicht laut genug den Vorwurf erheben könnten, daß man es noch nicht dahin gebracht habe, das Budget vor dem Eintritt in die Finanzperiode votiren zu können. Dieselben Stimmen waren es auch, welche nicht genug auf die Beschleunigung der Einberufung des ungarischen Landtags und der Lösung der ungarischen Frage dringen konnten. Das kann man doch der Regierung nicht bestreiten, daß sie für die Erfüllung dieser berechtigten Wünsche eintritt, während ihre Gegner Hindernisse bereiten. Unter normalen Verhältnissen wären wir ganz für die möglichst detaillierte Feststellung des Staatshaushalttes durch den Reichsrath. Aber wir befinden uns auf dem merkwürdigen und schwierigen Übergang zu einem um mehr als zwanzig Millionen plötzlich reducierten Budget begriffen und haben überdies aus vielfachen wichtigen Rücksichten mit jedem Tage zu kargen. Wir zweifeln, daß irgendemand in den Reihen der Opposition auf eine andere Weise zu Werke ginge, wenn er unter diesen Umständen sich auf der Ministerbank befände. Es ist also eben so ungerecht als unklug der Regierung mit Gegenvorschlägen zu Leibe zu gehen, welche den Interessen des Publicums durchaus nicht näher stehen als die Vorschläge der Regierung. Viel redlicher wäre es, wenn diejenigen, welche doch nur die finanzielle Frage als Hebel benutzen, geradezu mit der Erklärung hervortreten würden, daß sie zu dem gegenwärtigen Ministerium kein Vertrauen haben, und demselben die Behandlung der Abstriche und der Revirements nicht anvertrauen wollen. Man beantragte geradezu ein Misstrauensvotum und dann wird Jeder wissen um was es sich handelt, sowohl die Abgeordneten als das Publicum, und es wird Jeder in der Lage sein, sein Votum und seine Sympathien nach bestem Wissen und Gewissen einzurichten.

In der am 7. d. Vormittags abgehaltenen Sitzung des Finanzausschusses kam, wie wir nachträglich bemerkten, zuerst ein Schreiben Dobbbhoff's zur Verlesung, in welchem derselbe angezeigt, daß er in Folge der gestern ohne Motive vorgenommenen Streichungen am Budget des Handelsministeriums das Referat niederlege. Obmann Baron Pratobevera erklärt, daß diese Ablehnung nicht gerechtfertigt erscheine, weil das Resultat die Anschämungen der Majorität vertrete, ohne sein subjectives Urtheil zu opfern. Szabel wird hierauf mit der Berichterstattung betraut und nachdem ein Antrag den Vert des Berichtes in seiner jetzigen Fassung zu belassen, abgelehnt worden, mit der Abfassung eines neuen Berichtes beauftragt. Bei Berathung über das Erforderniß der croatischen Hofkanzlei ereignete sich folgender Zwischenfall: Von dem Referenten Alezani wird beantragt, 1,980.000 Gulden zu bewilligen. Laschef will nur die Summe 1,700.000 fl. bewilligt wissen. Brestl beantragt 1946 fl. Steffens stellt den Antrag, die Abstridsziffer der Regierungsnote zu acceptiren. Eichhof schließt sich der Ansicht des Referenten an. Alezani erklärt hierauf, er trete dem Antrage Steffens bei, weil die Regierung bei anders geartetem Abstriche in Verlegenheit gerathen könnte. Neben diese plötzliche Änderung des ursprünglichen Antrages des Referenten entspinnt sich eine heftige Debatte zwischen Alezani, Gisla und Herbst, worauf Alezani die Berichterstattung niederlegt und Herbst zur Annahme derselben sich bereit erklärt. Bei der Abstimmung über die für die croatische Hofkanzlei zu bewilligende Summe wird Brestl's Antrag, Bewilligung von 1,946.000 Gulden angenommen.

Abends versammelte sich der Finanzausschus fast vollzählig, außerdem zahlreiche Abgeordnete als Gäste, da der Bericht des Subcomité's auf der Tagesordnung stand. Referent Dr. Herbst beginnt den Bericht vorzutragen, wird aber von Pratobevera mit der Bemerkung unterbrochen, daß ein Schreiben des Staatsministers eingelaufen, in welchem derselbe mittheilt, daß mehrere Minister wegen Kürze der Zeit nicht erscheinen könnten, doch aber einer rechtzeitigen Einladung nachkommen werden. Schindler beantragt den Abbruch jeder Verhandlung für heute, die am Donnerstag aufgenommen werden soll. Szabel will die

fortsetzung der heutigen Verhandlung für morgen Nachmittag, für morgen früh aber die Berathung des Kriegsbudgets. Kinsky ist damit einverstanden, wünscht aber, daß der Referent über das Kriegsbudget eingeladen werde, für heute die Sammlung in die Gesichtspunkte des allgemein gefassten Beschlusses einzuführen. Die Anträge Wintersteins und Kinsky's werden angenommen. Berichterstatter Gisla erörterte hierauf in einer etwa eine Stunde dauernden Rede die Gesichtspunkte, die ihn bei Verfassung seines Berichtes geleitet hatten. Die Detaillirung dieses Berichtes wurde auf den nächsten Tag verschoben.

## Oesterreichische Monarchie.

Wien, 7. März. Se. Majestät der Kaiser nahm heute Vormittags einen Vortrag des Ministers Grafen Mensdorff entgegen. Später empfing der Kaiser den Vorstand des Bau-Ausführungs-Comit's für das Künstlerhaus in besonderer Audienz, und sprach über die vorgelegten Baupläne Weber's und den Zweck des Hauses in huldvoller Weise seine Zufriedenheit aus.

Morgen findet bei Sr. Majestät Hofstadel statt, zu welcher nebst den Erzherzogen die hier weilenden Ritter des Deutschen Ordens, Graf Haugwitz, F.M. Graf Bernier de Rougemont, F.M. Graf Stadion u. geladen sind.

Wie die "Presse" wissen will, wird die Kaiserin von Russland auf der Rückreise von Nizza nach Darmstadt Ende März in Wien eintreffen, und ein oder zwei Tage hier verweilen.

Am 5. d. ist zu Schönbrunn der k. k. Director der sämmtlichen Hofgärten, sowie der Menagerie, Dr. Heinrich Schott, verstorben.

Am 5. d. Abends verschied in Bozen der Landeshauptmann-Stellvertreter Carl von Ballinger, in Folge einer Lungenerkrankung.

## Deutschland.

Die Schrift "Das Leben des neuen Cäsar" von Pierre Desnier, welche bekanntlich in Preußen verboten wurde, ist auch in Schleswig-Holstein mit Verbot belegt worden.

Aus Weimar, 6. März, wird gemeldet: Der Militär-Etat ist im Landtag auf 200.000 Thlr. normirt worden (etwa 56.000 Thlr. mehr als früher). Unteroffiziere und Mannschaften erhalten Zulagen, die Offiziere dagegen nicht, weil die Regierung wahrscheinlich bei dem nächsten Landtag Gehaltserhöhung sämmtlicher Militär- und Civilstaatsdiener beantragen wird. Die Menagezulage ist von 6 auf 9 Pfennige erhöht. Auf 12 bis 15 Mann soll ein Unteroffizier kommen; im Ganzen 3015 Mann Hauptcontingent, 670 Ersatzcontingent, 12 Feldwebel, 48 Sergeanten, 129 Offiziere; 45 Stellen werden nicht besetzt.

Aus Berlin, 7. d., wird gemeldet: Die Commission des Abgeordnetenhauses zur Berathung des Invalidengesetzes hat gestern ihre Thätigkeit beendet. Das Gesetz wurde vielfach amandirt und soll auf alle Invaliden von 1806 an ausgedehnt werden. Wie die "Nord. Allg. Blg." vernimmt, wird sowohl Kiel wie Höruphaff zu preußischen Marinestäben eingezichtet.

Es heißt, der König von Preußen werde mit Bismarck demnächst eine Reise nach Schleswig-Holstein antreten.

Wie die "Voss. Blg." hört, ist der Befehl gegeben worden, daß sich ein kleines Geschwader, bestehend aus einer Corvette und einem Dampfskanonenboot, nach dem Präus und nach Constantinopel begeben. Es scheint, daß die Sendung dieser Schiffe nicht allein eine Übungsexpedition sein, sondern auch zugleich zur Sicherung der preußischen Interessen im Orient dienen soll, da die immer verwickelet werden den Verhältnisse in Griechenland Konflikte befürchten lassen, wodurch das Eigenthum preußischer auf griechischem Gebiete wohnender Personen in Gefahr kommen kann.

Die vom Herrn v. d. Heydt jetzt mittelst besonderen Rundschreibens an die Mitglieder des Comité für den Nord-Ostsee-Canal verfaßte Denkschrift des Oberbauraths Lenze veranlaßt die Ausführungskosten des Canalprojec's Eckernförde-St.-Margarethen in Summa auf 28.192.000 Thlr. Die mutmaßlichen jährlichen Kosten für die Unterhaltung und den Betrieb dieses Canals sind auf 200.000 Thlr. veranschlagt.

Als mutmaßlichen Nachfolger des designirten Bischofs von Trier, Dr. Pelzram, in der Stelle eines katholischen Feldprostes der preußischen Armee nimmt die "Kön. Blg." den Militärgeistlichen Simon, welcher sich während des schleswigschen Feldzuges mehrfach ausgezeichnet hat.

## Frankreich.

Paris, 5. März. Morgen erscheint die Pracht-ausgabe der Geschichte Julius Caesar's. Das Portrait des Kaisers Napoleon III., das dieselbe schmückt, ist nicht ganz ähnlich, denn es gleicht zu sehr Napoleon I. Die Intimen versichern aber, daß es Aehnlichkeit mit den Bildnissen habe, die von Augustus auf uns herübergekommen sind. Das Exemplar, das der Kaiser an die "Presse" sandte, war von einem Schreiber begleitet, worin derselbe seine Zufriedenheit über die Haltung der "Presse" in der letzten Zeit ausdrückte. Dr. Havini erhielt ebenfalls ein Schreiben; der Kaiser lobt in demselben die patriotischen Bestrebungen des Genannten. — Am 19. März, dem Vorabende des 20. März, findet unter dem Vorsteher der Deputirten und imperialistischen Dichters Belmont ein großes Bankett zu 3 Franken per Kopf statt. Der "Temps" meint, daß der 20. März der Jahrestag der Geburt des Königs von Rom, der Abbruch jeder Verhandlung für heute, die am Donnerstag aufgenommen werden soll. Szabel will die

Gräben von Vinceunes sei, und fragt, ob Hr. Belmont diese drei Jahrestage feiern wolle.

Die merikanischen Dinge stehen wieder in vorderster Reihe. Der Kaiser ist aufgebracht über das Benehmen des Contre-Admirals Mazères, des Commandanten der Marine-Division im stillen Ocean, der den Untergang des Häuflein Franzosen allerdings verschuldet zu haben scheint. An und für sich wäre der Vorfall von San Pedro nicht von Bedeutung, allein man fürchtet, daß er einen sehr übler moralischen Einfluß über werde. Die Fortsetzung des juaristischen Heeres, die man gelegentlich hat, ist in elatantem Weise dargestellt. Dabei wird es den Ministern in Folge der Siege der Union unheimlich zu Muthe, und gestern wagten sie im Conseil von der Rückberufung der Truppen zu reden.

Allein der Kaiser geriet in großen Zorn: "An einen Abzug der Truppen sei nicht zu denken, so lange die Ehre der französischen Fahne engagiert sei!" Darunter versteht der Kaiser nichts Geringeres, als die Aufrechterhaltung des neu errichteten Kaiserreichs!

Das Schreiben des Kaisers Napoleon an den Minister des Innern über die in der Stadt Lyon vorgeschmiedenden Verschönerungen und Verbesserungen, insbesondere in den von der Arbeiterklasse bewohnten Stadttheilen, erregte in Paris große Aufmerksamkeit. Bekanntlich sagte der Kaiser in demselben: "Die Arbeiterbevölkerung von Lyon sei intelligent; sie wisse zu wohl, wie sehr mir ihre Interessen am Herzen liegen, um sie durch Ruhestörungenswürche gefährden zu wollen. — Was — fragt man sich allgemein — was steht hinter diesem Schreiben? Ein politischer Coup oder eine finanzielle Maßregel? Da die Abgeordneten offiziös benachrichtigt wurden, daß ähnliche Verschönerungen und Verbesserungen in allen großen Volksszentren beabsichtigt seien — eine Absicht, die Geld erfordert — so ist man allgemein geneigt, in dem kaiserlichen Schreiben die Vorrede zu irgend einem Friedensantheile zu sehen. Eine weitere Bestätigung findet diese Version in dem Umstände, daß der von Hr. Fouca vorgeschlagene Verkauf von Staatswaldungen im gesetzgebenden Körper auf großen Widerstand stößt.

Die "Presse" hat neulich die Frage aufgeworfen, was aus dem Degen Friedrichs des Großen geworden sei, welchen Napoleon nach der Schlacht von Sena von Potsdam nach Paris sandte? Die "Franco" antwortet: "Dieser Degen wurde 1814 in vier Stücke getheilt, und diese in vier verschiedene Mauerwinkel im Innern des Invalidenhotels eingemauert."

Wir berichten neulich, daß Mieroslawski im Café Voltaire zu Paris von einem polnischen Güterbesitzersohn (Namens Marchwiński) öffentlich geohrfeigt worden sei, weil er sich geweigert hatte, ein Duell anzunehmen, zu welchem er von Marchwiński gefordert war. Im "Glos wolny" findet sich nun eine Adresse an Mieroslawski, unterfertigt von 81 Emigranten, welche ihre Entrüstung über die rohe That Marchwiński's aussprechen. Beachtenswerth ist diese Adressen sofern, als sie den Beweis liefern, daß Mieroslawski in der Emigration Alles in Allem nur noch 81 Anhänger fand, welche öffentlich für ihn einzutreten sich bereit fanden.

## Großbritannien.

London, 4. März. In England besteht noch ein altes Gesetz, welches die Unterlassung des Kirchenbesuches am Sonnabend mit Geld- oder Freiheitsstrafen belegt. Da nun kürzlich in Yorkshire ein Feldarbeiter, weil er trotz des Befehls seiner Herrin die Kirche nicht besuchte, bestraft ward, so ersuchte in der Sitzung des Unterhauses vom 1. d. Lord Gifford um die Erlaubnis, ein Bill zur Abschaffung jenes veralteten Gesetzes einbringen zu dürfen. Lord Hoatham erklärte das angeführte Beispiel für ein Mitzverständnis. Der betreffende Arbeiter sei nicht auf Grund dieses Gesetzes bestraft worden, sondern weil er eine der Bedingungen seines Mietvertrages gebrochen hatte. Das Haus gestattete die Einbringung der Bill.

In der Sitzung des Unterhauses vom 3. d. stellte Herr Newdegate den Antrag, einen Sonderausschuss einzulegen, welcher Untersuchungen über die Existenz, den Charakter und die Verbreitung der katholischen Klöster in England anstellen sollte. Er motivirte seinen Antrag durch die vielfachen Missbräuche, welche angeblich in diesen Klöstern stattfinden sollen. Der Antrag wurde von Hennessy und dem Minister des Innern bekämpft, welche hervorhoben, daß zur Beendigung allfälliger Missbräuche die einfache Handhabung der bestehenden Gesetze hinreiche. Bei der Abstimmung wurde der Antrag Newdegate's mit 106 gegen 79 Stimmen verworfen.



# Amtsblatt.

Kundmachung. (228. 1)

## Gedenkniß.

Das k. k. Landesgericht Wien in Strafsachen erkennt kraft der ihm von Sr. k. k. Apostolischen Majestät verliehenen Amtsgewalt, daß der Inhalt des Aufsatzes: "Mephistopheles to the Reichsrath" in der Nr. 1220 des in London erscheinenden illustrierten Wochenblattes: "Punch" den Thatbestand des Verbrechens der Majestätsbeleidigung nach §. 63 St. G. B. begründet, und verbindet hiermit nach §. 36 des P. G. das Verbot ihrer weiteren Verbreitung.

Dieses Erkenntniß ist nach §. 16 des Gesetzes über das Strafverfahren in Strafsachen einzumachen.

Vom k. k. Landesgericht in Strafsachen.

Wien, 1. Dezember 1864.

Der k. k. Landesgerichts-Vizepräsident:

Schwarz m. p.

Der k. k. Rathsscretär:  
Thallinger m. p.

N. 2073. Kundmachung. (215. 2-3)

Auf Grund des Art. XV. der Verordnung vom 27. Februar 1864 wird die in polnischer Sprache erschienene Druckschrift: "Szymon Konarski. Poemat dramatyczny przez Mieczysława Dzikowskiego, — nakładem autora. Bendlikon, w drukarni Ojczyzny 1865" für Galizien und Krakau als verböten erklärt.

Lemberg, am 4. März 1865.

Der k. k. Statthalter und Landescommandirende General Franz Freiherr v. Paumgartten, S. M. L.

## Obwieszczenie.

W moc rozporządzenia z 27 lutego 1864 art. XV. dzielko w polskim języku wyszkie z druku pod tytułem: "Szymon Konarski, poemat dramatyczny przez Mieczysława Dzikowskiego, — nakładem autora, Bendlikon w drukarni Ojczyzny 1865" w obrębie Galicyi i Krakowa zakazuje się.

Lwów, dnia 4 marca 1865.

C. k. Namiestnik i komenderujący jeneral Franciszek Baron Paumgartten, F. M. P.

N. 37/praes. Concurs-Ausschreibung. (198. 3)

Vom Magistrat der königl. Hauptstadt Krakau wird zur provisorischen Besetzung der Raths-Aktuars-Stelle bei diesem Magistrat, mit jährlichem Gehalte von 525 fl. der Concurs ausgeschrieben.

Die Bewerber um diesen Dienstposten haben ihre Gefüge unter Nachweisung:

- ihres Lebens-Alters und Religionsbekennnisses,
- ihren bisherigen Dienstleistung,
- über die zurückgelegten juridisch-politischen Studien, und bestandener Prüfungen,

d) über die vollkommene Kenntnis der deutschen und polnischen Sprache in Schrift und Wort, beim Magistrats-Vorstand zu Krakau, und zwar diejenigen, die im öffentlichen Dienste stehen, im Wege ihrer vorgesetzten Behörde, die übrigen aber unmittelbar längstens bis zum letzten März l. J. zu überreichen und darin zu gleich angeben, ob und in welchem Grade sie mit einem Concep-Beamt bei diesem Magistrat verwandt oder verschwägert sind.

Vom Präsidium des Stadt-Magistrats, Krakau, 25. Februar 1865.

N. 15. Kundmachung. (178. 3)

Zu Verfolg des vom h. k. Landesgerichte in Krakau mit Beschluss vom 14. Dezember 1864 Z. 23710 bewilligten und durch die Zeitungen veröffentlichten Vergleichsverfahrens über das sämtliche Vermögen der protocollirten Tuchfabrikfirma Schulz & Zipser in Biala, zu dessen Leitung der gefertigte k. k. Notar als Gerichts-Commissär bestellt ist, werden im Grunde Beschlüsse des definitiven Gläubigerauschusses gemäß §. 23 des Gesetzes vom 17. Dezember 1862 Nr. 97 R. G. B. alle Herren Gläubiger dieser Firma aufgefordert, ihre, aus was immer für einem Rechtsgrunde herührenden Forderungen bei dem gefertigten Gerichts-Commissär längstens bis 30. März 1865 so gewiß schriftlich anzumelden, falls sie es noch nicht gethan haben, widrigens sie im Falle ein Ausgleich zu Stande kommen sollte, von der Predigtung aus allem der Vergleichs-Verhandlung unterliegenden Vermögen, in so ferne ihre Forderungen nicht mit einem Pfandrechte bedeckt sind, ausgegeschlossen werden, und den in den §§. 35, 36, 38 und 39 obigen Gesetzes bezeichneten Folgen unterliegen würden.

Biala, 15. Februar 1865.

N. 1171. Kundmachung (200. 2-3)

Am k. k. Gymnasium zu Graz ist eine ordentliche Lehrstelle für das Fach der altklassischen Sprachen, mit welcher ein Jahresgehalt von 515 fl. mit dem Vorrückungsrecht in die höhere Gehalts-Kategorie von 840 fl. ö. W. und dem Anspruch auf Decennialzulagen verbunden ist, in Erledigung gekommen.

Es wird hiermit der Termin zur Bewerbung um diese Stelle bis Ende März l. J. ausgeschrieben, und haben bis dahin die sich darum meldenden Bewerber ihre mit den im Organis.-Entwurf §. G. § 101, 3 näher bezeichneten Belegen versehnen Gefüge bei der k. k. Statthalterei für Steiermark unmittelbar, oder wenn sie bereits in einer öffentlichen Bedienstung stehen, mittelst ihrer vorgesetzten Behörde einzubringen.

Hiebei wird nur noch bemerkt, daß, da in Folge der Verordnung des bestandenen hohen Unterrichts-Ministeriums vom 7. Februar 1857 Z. 2031 dem Benediktiner-Stifte zu Admont die Besetzung der ordentlichen Lehrerstellen am Grazer Gymnasium durch hiezu gesetzlich befähigte Ordenspriester zuteilt, beim Eintritte einer solchen Eventualität rücksichtlich des gegenwärtig zur Ausschreibung gelangenden

Postens der dafür in Folge dieser letzteren anzustellende Lehrer die Versetzung an ein anderes öffentliches Gymnasium zunächst dritten Ranges zu gewährigen hätte.

Von der k. k. Statthalterei für Steiermark.

Graz, 3. Februar 1865.

ad Abth. 3 N. 1268. Aviso. (177. 3)

Das k. k. Kriegs-Ministerium hat aus dem Anlaß, daß von den für die Lieferung der Armee-Fußbekleidungen in bestehenden 3jährigen Kontrakten einige als unverhältnismäßig ausgeschieden wurden, die Sicherstellung der öffentlichen Diensten sind, mittelst ihrer vorgesetzten Behörde längstens bis zum obigen Termine beim Tarnower Stadtmastrat einzuhängen.

Die bezügliche ausführliche Kundmachung erscheint im Amtsblatte der Lemberger Zeitung eingehaftet und sind aus derselben die allgemeinen Lieferungsbedingnisse zu entnehmen.

Lebriens werden die Probemuster nebst den Material-Dividenden und Confections-Beschreibungen sowie die speziell auf die Qualität des Materials und auf die Confection Bezug nehmenden Vorschriften bei der Montur-Commission zur Einsicht bereit gehalten.

Die versiegelten Offerte, dann die Depositencheine über die erlegten Badien sind abgesondert bis längstens 1. April 1865, zwölf Uhr Mittags entweder beim Kriegs-Ministerium oder beim Landes-General-Commando zu überreichen.

Vom k. k. Landes-General-Commando für Galizien und die Bukowina.

Lemberg, am 20. Februar 1865.

N. 307. Edict. (224. 1-3)

Vom k. k. Bezirksamt als Gerichte zu Tarnobrzeg wird dem Herrn Joseph Kolejta bekannt gegeben, es habe wider ihn Herr Franz Greger aus Mokrzyszów zur Rechtfertigung des mit hiergerichtlichem Bescheide vom 26. Jänner 1865 Z. 182/civ. zur Sicherstellung der Forderung von 115 fl. 56 kr. ö. W. auf den zu Gunsten des Joseph Kolejta im hiergerichtlichen Deposite erliegenden Kaufschilling von 711 fl. ö. W. und auf dessen, beim k. k. Steueramte Tarnobrzeg flüssige und seit August 1864 ausstehende Pension jährlicher 163 fl. 80 kr. ö. W. bis zur Hälfte der Höhe derselben bewilligten Verbotes, sub praes. 24. Jänner 1865 Z. 258/civ. die Klage eingebracht, worüber zur summarischen Verhandlung die Tagfahrt auf den 30. März 1865 um 9 Uhr Vormittags hiergerichts festgesetzt wurde.

Da dem Gerichte der Wohnort des Belangten unbekannt ist, so wurde ihm auf seine Gefahr und Kosten

Herr Carl Lechowicz zum Curator bestellt, mit welchem obige Rechtsache nach dem Hofdecrete vom 2. Dezember 1845 Z. 40443 verhandelt werden wird.

Den Belangten wird daher aufgetragen, daß er seine Behelfe dem bestellten Curator mittheile, oder einen anderen Sachwalter dem Gerichte bekannt gebe, widrigens derselbe die Folgen der Verabsäumung sich selbst beizumessen habe wird.

Vom k. k. Bezirksamt als Gerichte.

Tarnobrzeg, 20. Februar 1865.

N. 305. Edict. (219. 1-3)

Vom k. k. Bezirksamt als Gerichte zu Tarnobrzeg wird dem Herrn Joseph Kolejta bekannt gegeben, es habe wider ihn Herr Wendelin Czeppe aus Tarnobrzeg zur Rechtfertigung des, zur Sicherstellung seiner Forderung von 100 fl. ö. W. auf den zu Gunsten des Joseph Kolejta im hiergerichtlichen Deposite erliegenden Kaufschilling von 711 fl. ö. W. mit hiergerichtlichem Bescheide vom 27. Jänner 1865 Z. 183/civ. bewilligten Verbotes, die Klage sub praes. 28. Jänner 1865 Z. 305/civ. eingebracht, worüber zur summarischen Verhandlung die Tagfahrt auf den 30. März 1865 um 9 Uhr Vormittags hiergerichts festgesetzt wurde.

Da dem Gerichte der Wohnort des Belangten unbekannt ist, so wurde dem bestellten Curator mittheile, oder einen anderen Sachwalter dem Gerichte bekannt gebe, widrigens derselbe die Folgen der Verabsäumung sich selbst beizumessen habe wird.

Vom k. k. Bezirksamt als Gerichte.

Tarnobrzeg, 21. Februar 1865.

L. 1230. E d y k t. (225. 1-3)

C. k. Sąd obwodowy w Rzeszowie zawiadamia,

iż w skutek wniesionego pozwu przez Racę Adler

przeciw Henryce Gurskiej o zapłacenie sumy wekslowej 281 zlr. w. a. dla z miejsca pobytu nie-

wiadomej pozwanej, kuratorem p. adw. Dr. Lewicki,

a zastępcą kuratora p. adw. Dr. Reiner ustano-

wionym, i temuż kuratorowi pozew wraz z jedno-

czecie wydanym nakazem zapłaty doręczony

został.

O czém się p. Henryeta Gurska z tym dodatkowo informuje, iż sama lub przez kuratora, lub też innego rzecznika w swym czasie środki obronne wniosła i Sąd o swym pobycie zawiadamia Rzeszów, 1 marca 1865.

L. 6495. Obwieszczenie. (226. 1-3)

C. k. Sąd obwodowy w Rzeszowie zawiadamia niniejszym edykiem panu Katarzynę Ilińską, spadkobierczyni ks. Franciszka Ilińskiego, że z powodu niesionej prośby przez Itte Beile Rost, Abe Rost i Rost, 3 listopada 1864 do l. 6495 względem wykazania się, iż dozwolona uchwałą z 2 października 1857 do l. 4619 prenotacyjna kaucji dzierżawnej w kwocie 1350 zlr. m. k. na realności pod nr. 60 w Rzeszowie położoną, na rzecz ks. Franciszka Ilińskiego sprawiedliwie zostało, téże Katarzynie z miejsca pobytu i życia niewiadomej, kuratora w osobie p. adwokata Zbyszewskiego z substytucją p. adwokata Reiner postawił i temuż prośbę nadmienioną w celu wykazania uszkodzonego sprawiedliwienia prenotacyjnego udzielił.

Rzeszów, 25 listopada 1864.

N. 1054. Edict. (221. 1-3)

Das k. k. Bezirksgericht Biala gibt nachträglich zum hiergerichtlichen Edicte vom 12. November 1864 Z. 5661

des, zur Sicherstellung der Forderung von 220 fl. auf die

kund, daß die Realitäten Nr. 209 und 210 in Biala der

Fr. Johanna Ullmann im dritten Termine nicht am 7. April 1865, sondern am 22. April 1865 um 9 Uhr vom 27. Jänner 1865 Z. 184/civ. bewilligten Verbotes

B. M. abgehalten werden wird, auf welchen Tag um 11 Uhr die Tagfahrt zur Feststellung erleichterter Bedingungen anberaumt wird.

Biala, den 24. Februar 1865.

N. 592. Concurs-Ausschreibung. (223. 1-3)

Zur Wiederbesetzung des beim Tarnower Magistrat erledigten Stadtcaßier-Postens, mit welchem der jährliche Gehalt von 420 fl. ö. W. gegen Erlag eines gleichen Cautionsbetrages verbunden ist, wird hiermit der Concurs bis zum 24. März l. J. ausgeschrieben.

Bewerber um diesen Posten haben ihre mit den erforderlichen Belegen namentlich über die abgelegte Cassa- und Contabilitätsprüfung versehenen Gefüge, falls sie in bestehenden 3jährigen Kontrakten einige als unverhältnismäßig ausgeschieden wurden, die Sicherstellung der öffentlichen Diensten sind, mittelst ihrer vorgesetzten Behörde längstens bis zum obigen Termine beim Tarnower Stadtmastrat einzuhängen.

R. k. Kreisbehörde.

Tarnow, am 22. Februar 1865.

N. 258. Edict. (218. 1-3)

Vom k. k. Bezirksamt als Gerichte zu Tarnobrzeg wird dem Herrn Joseph Kolejta bekannt gegeben, es habe wider ihn Herr Franz Greger aus Mokrzyszów zur Rechtfertigung des mit hiergerichtlichem Bescheide vom 26. Jänner 1865 Z. 182/civ. zur Sicherstellung der Forderung von 115 fl. 56 kr. ö. W. auf den zu Gunsten des Joseph Kolejta im hiergerichtlichen Deposite erliegenden Kaufschilling von 711 fl. ö. W. und auf dessen, beim k. k. Steueramte Tarnobrzeg flüssige und seit August 1864 ausstehende Pension jährlicher 163 fl. 80 kr. ö. W. bis zum obigen Termine beim Tarnower Stadtmastrat einzuhängen.

R. k. Kreisbehörde.

Tarnow, am 22. Februar 1865.

N. 771. Edict. (222. 1-3)

Das k. k. Bezirksgericht Biala gibt dem Herrn Hermann Ascher fund, daß in der Rechtsache des Johann Spazier gegen denselben wegen 12 fl. 25 kr. ö. W. unter 4. Juni 1862 Z. 2656 das Urtheil gegen denselben in contumaciam erlos, mittelst dessen derselbe zur Bezahlung von 12 fl. 25 kr. ö. W. mit 4% Verzugszinsen seit 22. März 1862 bis zum Zahlungstage und den Gerichtskosten pr. 5 fl. 97 kr. ö. W. an Herrn Johann Spazier binnen 14 Tagen bei Execution verurtheilt wurde; da der Aufenthaltsort des Herrn Hermann Ascher nicht ermittelt werden kann, so wurde dieses Urtheil dem denselben bestellten Curator ad actum Herrn Adv. Dr. Eisenberg in Biala zugestellt.

Hievon wird Herr Hermann Ascher mittelst dieses Edicte verständigt und angewiesen, die nötigen Schritte zur Wahrung seiner Interessen vorzunehmen, indem der selbe die übler Folgen sich selbst zuschreiben haben wird.

Vom k. k. Bezirksamt als Gerichte.

Biala, 9. Februar 1865.

N. 227. Edict. (220. 1)

Den in dieser Zeitschrift ddo. 28. November 1864 ausgeschriebenen Oberförster-Posten in Russisch-Polen erhielt Herr Alois Cerhau aus Wilkowice bei Biala, welches allen Herren P. L. Competenten zur Wissenschaft gebracht wird.

Finger.

Ich erkläre den verlorenen, auf 250 fl. ö. W. ausgestellten, vom Pesse Rittermann an mich gerichteten Wechsel als ungültig.

(227. 1-3)

Sara Kragen.

Wiener Bör